

Public-Private Partnership

Definition

Public-private Partnership (PPP) ist eine vertragliche Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privatrechtlich organisierten Unternehmen, die für bestimmte Aufgaben die notwendigen Ressourcen in ein gemeinsames Projekt einbringt.

Bereiche, in denen PPP Anwendung findet

PPP findet mittlerweile in nahezu allen öffentlichen Bereichen Anwendung. Besonders verstärkt findet es seit neuestem Anwendung in Bereichen, die der Grundversorgung dienen. Bereiche wie Trinkwasserversorgung, gesundheitliche Versorgung, öffentlicher Personennahverkehr und vieles mehr. Unser Hauptaugenmerk werden wir auf PPP in der Schule legen. Bildung gehört zu den Grundrechten des Menschen. Viele Kommunen sind allerdings durch leere Kassen nicht in der Lage, ausreichend Ressourcen für alle ihre Schulen zur Verfügung zu stellen, wodurch eine gute Bildung nicht finanziert werden kann. Private Unternehmen bieten an, einzelne Bereiche in der Schule finanziell oder anderweitig abzudecken, allerdings nicht ohne Gegenleistungen. Das Auftreten von PPP in der Schule ist ein öffentlich kontrovers diskutiertes Thema. Im weiteren werden Vor- und Nachteile genauer erläutert.

Wie funktioniert PPP in der Schule?

Es gibt verschiedene Arten von PPP. Stets geht es dabei darum, etwas, das in öffentlicher Hand ist, durch private wirtschaftliche Unternehmen in bestimmten Bereichen zu subventionieren. Hierbei soll allerdings die Öffentlichkeit, das heißt der Staat, das Land oder die Kommune die Oberhand behalten.

Gibt es eine Kooperation zwischen einer öffentlichen Stelle wie einer Schule und einem privaten Unternehmen, schließen diese beiden Parteien einen Vertrag ab. Es gibt verschiedene Vertragsmodelle: Die gängigen Verträge sind allerdings für den Hoch- oder anderweitigen Bau ausgelegt, das PPP, das in der Schule stattfindet, ist eher ein momentan populärer werdender Bereich.

Wenn öffentliche Schulen oder Hochschulen durch PPP unterstützt werden, behält die Öffentlichkeit stets die Oberhand. PPP wird meist eingesetzt, um einzelne Bereiche wie Gebäudebau- oder Sanierung, neue Medien in der Schule oder andere Ausstattungen abzudecken zu können.

Durch den Wandererlass bekommt PPP eine völlig neue Relevanz für die Schule. Die Schulen werden dazu angehalten, geplante Klassen- und Kursfahrten durch Drittmittel zu unterstützen. Drittmittel sind Gelder oder andere Ressourcen von Unternehmen, welche (meist zweckgebunden) zur Verfügung gestellt werden. Zumeist werden zwischen Schule und Unternehmen Verträge abgeschlossen, welche auch dem Unternehmen die entsprechenden Vorteile zusichern.

Welche positiven und negativen Auswirkungen hat PPP?

Gründe und Risiken

Ziel von PPP ist die Arbeitsteilung und Zusammenarbeit von privaten Partnern und öffentlicher Hand, sodass der private Partner die Verantwortung zur einzelwirtschaftlichen effizienten Erstellung der Leistung übernimmt, während die öffentliche Hand dafür Sorge trägt, die Einhaltung gemeinwohlorientierter Ziele zu gewährleisten. Die öffentliche Hand erwartet von der Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft die Entlastung der angespannten öffentlichen Haushalte, da der private Unternehmer die Finanzierung ganz oder teilweise selbst besorgt. Der wirtschaftliche Vorteil für die öffentlichen Haushalte ist üblicherweise der zentrale Beweggrund für PPP. Im Beispiel Schule würde das bedeuten, dass eher die Schule auf den Betrieb als der Betrieb auf die Schule angewiesen ist. Das macht auch nur Sinn. Auch wenn es für das Unternehmen garantiert von Vorteil ist, eine Werbepattform wie die Schule zu haben, ihr Erfolg ist nicht von dieser abhängig, die Schule hingegen ist und wird immer mehr von privaten Unternehmen abhängig um ein attraktives Bildungsangebot zu gewährleisten.



Kritik

Gemäß Art. 20 Abs. 2 GG geht jede Staatsgewalt vom Volke aus. Jede Entscheidung des Verwaltungsträgers muss sich daher bis zum Volkssouverän zurückverfolgen lassen. Wird allerdings die Verwendung bestimmter Ressourcen in der Schule durch private Träger bestimmt, ist dieses Verhältnis nicht mehr gegeben. Beispielsweise wenn ein Unternehmen Programmpunkte einer Klassenfahrt festlegen darf, welche nicht der allgemeinen Bildung der SchülerInnen dienen müssen (z.B. einen Besuch im Labor einer Chemiefabrik).

Welche Entwicklungen und Tendenzen gibt es?

In der Schulentwicklung gewann PPP in der Vergangenheit immer größere Bedeutung, als die Kommunen immer weniger in der Lage waren, ihre Schulen zu unterhalten. Als negative Konsequenzen, vor allem durch sinkende Qualitäten in den betroffenen Schulen, immer deutlicher wurden, wurde der Gebrauch solcher Kooperationen immer weiter zurückgedrängt. Die Kommunen wurden allerdings nicht reicher. Als eine Folge dieser Entwicklung kann die Zunahme des Privatschulanteils gewertet werden. Ob in kirchlicher oder anderer privater



Trägerschaft, der Anteil der Privatschulen hat massiv zugenommen. Diese Schulen sind meist allerdings nur zu einem minimalen Teil privat oder durch Schulgelder finanziert, so dass die öffentlichen Kassen am Ende nur scheinbar entlastet sind. Somit ist durch die Eindämmung von PPP-Kooperationen keine Abhilfe gegen Privatisierung geschaffen worden, sondern eher eine Verlagerung. Die negativen Folgen der Privatisierung bleiben auch im Privatschulensektor nicht aus.

Und PPP wird durch die neusten Entwicklungen noch mehr in den Vordergrund treten. Die Landesregierung NRW hält die Schulen im neuen Wandererlass dazu an, den Etat für Klassenfahrten, welcher von der Regierung zur Verfügung gestellt wird, durch Drittmittel zu ergänzen. Da Unternehmen in der Regel nicht ohne Gegenleistung Projekte (Klassenfahrten) subventionieren, wird es wieder zu PPP oder PPP-artigen Verträgen kommen.

Welche rechtlichen Grundlagen gibt es?

In der Schule ist es vor allem wichtig, dass die Unternehmen, die einer Schule Ressourcen jeglicher Art zur Verfügung stellen, nicht Produktwerbung betreiben oder manipulative Inhalte verbreiten dürfen (der Alltag sieht meist anders aus). Auch darf eine Schule nur begrenzt Kooperationen mit Unternehmen eingehen, um weiterhin die absolute Hoheit in zu behalten.

Welche Intentionen stehen dahinter und wer profitiert davon?

Die Intention der Schule bzw. der Kommune ist, Unterstützung zu erlangen, um gewisse Dinge in der Schule anbieten zu können. Die Intention der Unternehmen ist eine Werbe- und „Rekrutierungs“-plattform zu haben, um sich Kunden und Nachwuchs zu sichern. Am Ende profitiert in vielen Fällen die Schule nicht: Bietet beispielsweise ein Unternehmen an, einen Ausflug zu finanzieren, ist die häufige Erfahrung, dass die SchülerInnen mehrere Stunden Werbevorträge vom entsprechenden Unternehmen erdulden müssen.

Quellen: http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private_Partnerschaft; <http://europa-imblick.de/spip.php?article58>

 **LSV NRW**
LandeschülerInnenvertretung NRW

Kavalleriestraße 2-4 – 40213 Düsseldorf
Tel: 0211/330703 – Fax: 0211/330714
www.lsvnrw.de – [facebook.com/lsvnrw](https://www.facebook.com/lsvnrw)